

Liebe Sontheimerinnen, liebe Sontheimer,



in den vergangenen Wochen wurden im Bundestag einige Gesetze auf den Weg gebracht, die wir als SPD vorangetrieben haben und die uns besonders wichtig sind. Manchmal geht die Arbeit des Parlaments bei den vielen Meldungen im Alltag unter. Daher nutze ich gerne die Gelegenheit, hier im Sontheimer SPD-Blättle auf vier Maßnahmen näher einzugehen:

Besserer Schutz für Paketboten

Die Entwicklung in Teilen der Paketbranche ist schon länger nicht mehr hinnehmbar. Es ist inakzeptabel, wenn schwarzgearbeitet wird, keine Meldung an die Sozialversicherung erfolgt, Sozialversicherungsbeiträge hinterzogen werden und die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer dies quasi billigend in Kauf nimmt. Davon sind jährlich 250.000 Beschäftigte betroffen, im Weihnachtsgeschäft bis zu 500.000. Dieses Jahr werden rund 3,7 Milliarden Paketsendungen erwartet. Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion wird dieser Ausbeutung von Paketzustellerinnen und Paketzustellern jetzt ein Riegel vorgeschoben. Paketdienstleister haften künftig dafür, wenn ihre Subunternehmen Sozialversicherungsbeiträge nicht abführen. Rechtzeitig vor dem Weihnachtsgeschäft werden so die Beschäftigten besser geschützt. Denn: Wer liefert, darf nicht ausgeliefert sein!

Bessere Löhne in der Pflege

Wir als SPD wollen die Pflege solidarisch gestalten. Darum haben wir in der Großen Koalition das sogenannte „**Pflegelöhne-Verbesserungsgesetz**“ vorangetrieben, das die Grundlage für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege legt. Künftig sollen Mindestlöhne nach Hilfs- und Fachkräften differenziert

und die Ost-/West-Unterschiede beendet werden. So sorgen wir für eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Denn Pflege muss mehr Wertschätzung erfahren. Einen Arbeitgeberverband gibt es. Eine Gewerkschaft sowieso. Ich hoffe, dass so bald ein Tarifvertrag zustande kommt.

Mindestvergütung für Azubis kommt

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Alle, die in Betrieben arbeiten, verdienen Anerkennung, ob Chefin oder Auszubildender. Deshalb hat die SPD den Azubi-Mindestlohn durchgesetzt. Damit bekommen zehntausende Azubis ab Januar 2020 mehr Geld: Ab dem kommenden Jahr mindestens 515 Euro im Monat. In den Folgejahren erhöht sich die Mindestvergütung für Auszubildende weiter. Wer 2021 seine Lehre beginnt, bekommt mindestens 550 Euro, 2022 sollen es 585 Euro sein und im Jahr darauf 620 Euro.

Der Soli fällt weitgehend weg

Mehr als 90 Prozent aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen von 2021 an keinen Soli mehr bezahlen. Millionen Bürger werden so finanziell deutlich entlastet – insbesondere Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen sowie Familien. Nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfällt der Zuschlag. Auch viele Selbständige und Gewerbetreibende, die der Einkommensteuer unterliegen, zahlen ihn künftig nicht mehr. Das setzt Anreize für Investitionen und neue Arbeitsplätze. Als SPD-Bundestagsfraktion war es uns wichtig, dass die reichsten zehn Prozent den Soli weiterzahlen – in voller Höhe allerdings nur die 3,5 Prozent der Superreichen. Denn sie sollen ihren Beitrag leisten für Zukunftsinvestitionen: in Chancen für unsere Kinder, in Klimaschutz, Forschung und Entwicklung.

Liebe Sontheimerinnen und Sontheimer,

diese Gesetze sind nur ein Teil von dem, was die Große Koalition in den vergangenen Wochen abgearbeitet hat. Wir haben noch viel vor. Zum Beispiel bei der Rente. Ich freue mich auf Ihre Reaktionen.

Sie erreichen mich per Mail unter

Leni.Breymaier.wk@Bundestag.de

Herzliche Grüße Ihre

Leni Breymaier

Von Gemeinderätin Elisabeth Lahmeyer

Förderung der Tagesmütter



Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden und zuverlässigen Kinderbetreuung in unserer bereits als familienfreundlich ausgezeichneten Kommune ist die Förderung von Tagesmüttern. Als Anreizmaßnahme wird die Gemeinde die Kursgebühren für angehende Tagespflegepersonen und außerdem die Gebühren für die Weiterbildungsseminare übernehmen. Der Zuschuss ist allerdings mit der Auflage verbunden, die Tätigkeit als Tagesmutter auch aufzunehmen. Des Weiteren ist die Gemeinde bereit, die Tagesmütter unbürokratisch bei der Anschaffung von zusätzlich notwendigem Mobiliar für die Betreuung finanziell zu unterstützen.

Immer mehr Eltern haben zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie Bedarf an einer Betreuung in Randzeiten (vor 7.00 Uhr und nach 17.00 Uhr). Die Abdeckung dieser Randzeiten kann von den Kindertageseinrichtungen nicht geleistet werden, diese Lücke könnte von der Tagespflege ausgefüllt werden. Als finanziellen Anreiz hat der Gemeinderat in der letzten Sitzung der Gewährung eines Zuschusses von einem Euro/Stunde für Randzeitenbetreuung zugestimmt.

Sicher würden manche Eltern die Unterbringung ihres Kindes bei einer Tagesmutter der Krippenbetreuung vorziehen.

Wir hoffen sehr, dass sich durch dieses Angebot der Gemeinde Frauen oder vielleicht auch Männer finden, die sich zur Ausbildung und späteren Ausübung dieses Berufes bereit erklären.



46% Gehaltserhöhung

Kürzlich war in einer kleinen Zeitungsnotiz zu lesen, dass die Gehälter der Vorstände der Deutschen Bahn AG im kommenden Jahr von 400.000 € auf 585.000 € angehoben werden. Dies entspricht einer gewaltigen Steigerung um sage und schreibe 46,25%! Normalerweise müssen die meisten Beschäftigten ja schon froh sein, wenn ihre Lohn-erhöhungen die Inflationsrate leicht übersteigen oder zumindest ausgleichen.

Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, dass es für solch überzogene Gehaltserhöhungen keinerlei Begründung gibt, zumal die Deutsche Bahn AG hoch verschuldet ist. Außerdem kann doch wohl erwartet werden, dass sich Vorstände auch mit einem Jahresgehalt von „nur“ 400.000 € (das sind immerhin monatlich 33.300 €) voll ins Zeug legen und dafür eine qualitativ gute und wertvolle Leistung erbringen.

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

bei dr letschda Sitzong vom Technischa Ausschuss em Oktober hat ma dia Gmoidraotsmitglieder a weng hilflos en dr Hauptstraß romstanda seah – dia hant auf irgend ebbes gwartat. Henterher hao i nao gheart, dass dia scho auf 18 Uhr eiglada gwea send von der Verwaltung, z'erscht auf da Friedhof zom über ebbes schwätza ond hentadrei en d'Hauptstraß, om über d'Weihnachtsbeleuchtong zom beraota. Nachdeam se also auf am Friedhof fertig gwea send, send se en d'Hauptstraß ganga. Jetzt war's aber no glockaheller Tag, ond dui Weihnachtsbeleuchtong hat ma ja erscht a'gucka kenna, wo's donkel worra isch. So hant se halt a halba Stond omsoscht gwartat. A Blick auf an Kalender mit de Sonna-Ondergangszeitä wär dao vielleicht hilfreich gwea!



Jetzt hant em Herbst ja wieder dia Seniorsfeschtle en Soda ond en Brenz stattgfonda. Ond wia es zu ra guata Feier gheart, werratt dao emmer dia älteschte Bürgerenna ond Bürger geehrt. Was mir altam Osiander aber scho a bissle komisch vorkommt, isch des, wenn's nao bei deane viele Bildla em Nachrichtablatt jedesmaol hoißt: „Herr Bürgermeister Kraut ond...“. En dr Woch drauf nao em Blättle wieder: „Herr Bürgermeister Kraut ond...“. Wer send denn eigentlich dia Hauptpersona bei deane Feira? Am Osiander fällt dao des Sprüchle ei von deam graua Tierle, des sich emmer z'erscht nennt.

A guata ond et allzu hektischa Adventszeit ond viel Vorfread aufs Weihnachtsfest wenschtt jetzt alle Blättles-Leserenna ond -Leser dr alt

Osiander

Bundesstraße 492 – Eine unendliche Geschichte

Im Frühjahr 2020 soll nun auf der Bundesstraße 492 endlich mit dem längst fälligen Ausbau der rund zwei Kilometer langen „Lücke“ zwischen Hermaringen und Brenz begonnen werden.

Nachdem ich bei verschiedenen Gesprächen erfahren hatte, dass entgegen den ursprünglichen Planungen der Fahrzeugverkehr während der Baumaßnahme nicht mehr an der bestehenden Straße entlanggeführt werden soll, sondern eine weiträumige Umleitung geplant ist, sprach ich dieses Thema in der Gemeinderatssitzung am 17.9.2019 an.

Ursprünglich waren im Rahmen der Sanierung links und rechts der Fahrbahn Wege geplant, auf welchen der Straßenverkehr an der Baustelle vorbeigeführt werden sollte. Beim Bau der Einmündung nach Bergenweiler war meines Wissens nach sogar zeitweise eine Ampelregelung eingeplant – eine Lösung, mit der sich doch die meisten Betroffenen hätten arrangieren können. Eine ähnliche Verkehrsführung gab es auch bereits beim Bau der Staatsstraße ST 1082 zwischen Bachhagel und Ballmertshofen.

Nach den derzeitigen Vorstellungen der Planer soll nun aber der gesamte in Richtung Heidenheim gehende Verkehr über Niederstotzingen und Bissingen fahren. Gleiches gilt für den Verkehr aus Richtung Heidenheim und für den Verkehr von und zu der Autobahn. Vergessen wurde offensichtlich auch, dass die Auffahrt auf die A 7 (Niederstotzingen/Bissingen) wegen der dortigen Baumaßnahmen ja ebenfalls gesperrt ist und im kommenden Jahr wohl auch gesperrt bleiben wird.

In der HZ war wenige Tage später zu lesen: „Man habe diese Strecke bereits Mitte 2018 mit den zuständigen Verkehrsbehörden und unter Beteiligung der Polizei und den betroffenen Gemeinden festgelegt, heißt es seitens des Regierungspräsidiums...“

Um hier wirklich eines klar zu stellen: Die Sanierung der B 492 zwischen Brenz und Hermaringen ist mehr als zwingend erforderlich. Aber das jetzt Geplante schlägt dem Fass den Boden aus. **Sonthem und der angrenzende bayrische Raum werden quasi bis zum Jahresende 2021 „Schach Matt“ gesetzt. Was vordergründig zu einer Kosteneinsparung führt, ist volkswirtschaftlich und für Sonthem eine Katastrophe.**

Als Bürger und Gemeinderat fragt man sich sowieso, was da eigentlich geplant wurde: Zunächst wurden Kosten in Höhe von 5,6 Mio. Euro mit Wegebau für den Umleitungsverkehr genannt, und jetzt sind es 18 Mio. Euro ohne Wegebau! Zum Vergleich: Der derzeitige, beidseitige Ausbau der A 7 (Brenztalbrücke bis Hungerbrunnentalbrücke) mit einer Gesamtlänge von 10 km kostet den Bund „nur“ schlappe 36 Mio. Euro (Pressemitteilung Reg.-Präs. Stuttgart vom 12.10.2018).

Ich hoffe, die Beteiligten zeigen sich in Anbetracht der Proteste entgegenkommend und finden noch vor Baubeginn gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort eine annehmbare Lösung.



Es war einmal ein Lückenschluss B 492

- 2010: Umgehung Hermaringen ist gebaut und die Brenzer Umgehungsstraße ist fast fertig.
- 2011: Der Entwurf für den Lückenschluss erhält 2011 den „Gesehen-Vermerk“ des Bundesverkehrsministeriums.
- 2012: Umgehung Brenz ist fertiggestellt. Was passiert mit der Lücke? Die Landräte Thomas Reinhardt (HDH) und Leo Schrell (DLG) kämpfen für einen schnellen Ausbau der Strecke. Kostenschätzung 5,6 Millionen Euro!
- 2013: Verkehrsminister Winfried Hermann will die Baugenehmigung noch 2013 einleiten.
- 2014: Im Juni wird das Verfahren eingeleitet, nachdem Landrat Reinhardt erneut daran erinnert hat. Das Baugenehmigungsverfahren ist kurz darauf abgeschlossen. Der Lückenschluss soll 2017 kommen.
- 2015: Keine nennenswerte Aktivität.
- 2016: Landtagsabgeordneter Andreas Stoch freut sich über die Ausschreibung der Finanzierung. „Jetzt muss der Bund nur noch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.“
- 2017: Das Regierungspräsidiums beauftragt Baugrunduntersuchungen. Die Bohrungen sollen Aufschluss über die Tragfähigkeit des Untergrunds geben. Noch geht man von 5,6 Millionen Euro aus. Der Bund übernimmt die Kosten. Die Ausschreibung soll im Sommer erfolgen und bestenfalls 2017 vergeben werden.
- 2017: „Für eine Verschiebung des Baustarts wegen stockendem Grunderwerb gibt es derzeit keinerlei Anhaltspunkte“, so Regierungspräsident Wolfgang Reimer im März. Die Verhandlungen mit einigen Landwirten sind schwieriger als erwartet. Im Herbst steht fest: Noch im Frühjahr 2018 soll es losgehen.
- 2018: Die Bodenverhältnisse sind nicht wie erwartet. Die Baukosten erhöhen sich von 5,6 Millionen auf 18 Millionen Euro. Der Bund muss das Gesamtprojekt noch genehmigen, damit ist unklar, wann mit dem Bau begonnen werden kann.
- 2019: Die Nerven aller Beteiligten liegen blank. Im Juli wird das Bauvorhaben vom Verkehrsministerium tatsächlich ausgeschrieben. Mit den aktuellen Plänen kommt es zu einer Vollsperrung der B 492! Die Umleitung erfolgt weiträumig über Niederstotzingen, Bissingen und A7-Anschlussstelle Gienzen. Zeitverlust ca. 25 Minuten.
Nach großen Protesten aus der Bevölkerung prüft das Regierungspräsidium die Machbarkeit einer kürzeren Umleitung.

Von Gemeinderat Reiner Lindenmayer

Sitzung vom 9.7.2019

Eigentlich sollte nach dem Willen der Gemeindeverwaltung der Neubau eines Regenklärbeckens in Bergenweiler in Angriff genommen werden. Nachdem sich die Kosten jedoch von 280.000 Euro auf nunmehr 696.000 Euro erhöht hatten, zeigte sich der Gemeinderat nicht gewillt, einer Ausschreibung der Baumaßnahme zuzustimmen. Die Verwaltung wurde zudem beauftragt, alternative Lösungen zu suchen und dem Gemeinderat vorzustellen.

Für die Innensanierung der GWRRS Sontheim (ehemaliges Hauptschulgebäude) wurden die Arbeiten für den Rohbau und Abbruch vergeben. Den Zuschlag in Höhe von knapp 70.000 Euro erhielt eine Firma aus dem Raum Reutlingen.

Die Gesamtfeuerwehr Sontheim wird nach einem Beschluss des Gemeinderates mit Geräten zur „digitalen“ Alarmierung ausgestattet. Damit können im Rahmen der Alarmierung nun auch Textnachrichten, z.B. Art und Ort des Geschehens, mitgeteilt werden. Die Kosten belaufen sich auf knapp 35.000 Euro.

Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat

Sitzung vom 23.7.2019

Mit einem klaren Votum für die mittelfristige Finanzplanung wurde der Haushaltsplan für das Jahr 2019 verabschiedet. Einstimmig wurden die Ingenieurleistungen für das Baugebiet „Oberer Bogen Abschnitt III“ vergeben. Die Honorare belaufen sich auf rund 34.000 Euro.

Laut Kostenberechnung belaufen sich die reinen Baukosten in diesem Bauabschnitt auf ca. 520.000 Euro.

Sitzung vom 17.9.2019

Die Firma GEO DATA stellte eine Strategie vor, wie der Breitbandausbau im Gemeindegebiet forciert und unterversorgte Gebiete angebunden werden könnten. Die Umsetzung würde die Gemeinde rund 300.000 Euro kosten. Im Baugebiet Riegele II wurden die eingegangenen Anregungen und Bedenken besprochen und die Satzung zum Bau beschlossen.

Die Flutlichtanlage im gemeindeeigenen Station war seit Jahren defekt und wird nun für 30.000 Euro mit LED-Flutern erneuert.

Sitzung vom 15.10.2019

Der Gemeinderat beschloss, die Kindertagespflege und die Tagespflegemütter finanziell und materiell zu unterstützen.

Insbesondere bei den „Randzeiten“ vor 7:00 Uhr und nach 17:00 Uhr fehlt es im Gemeindegebiet an Betreuungsplätzen. Für die Sanierung der GWRRS Sontheim wurden die Elektroarbeiten in Höhe von 372.709,79 Euro vergeben.

Erstmalig wurde beschlossen, die Feldwegeunterhaltung auf eine Laufzeit von 2 Jahren auszuschreiben, mit der Option, die Laufzeit nochmals um ein Jahr zu verlängern. Die Kosten belaufen sich auf 150.000 Euro pro Jahr. Durch die Zusammenlegung der Ausschreibung erhofft sich die Verwaltung eine Einsparung von 20 – 30 %.

Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat, die Unterlagen für die Gemeinderatssitzungen zukünftig elektronisch zu versenden. Damit entstehen für die Anschaffung des Betriebssystems und der Geräte (I-Pads) Gesamtkosten in Höhe von 12.900 Euro.

Sitzung vom 17.10.2019

Der Ausbau der Kinderbetreuung stand wieder einmal auf der Tagesordnung. Dabei wurde der Einrichtung einer Krippengruppe im Kindergarten St. Franziskus zugestimmt, da nach wie vor mit steigenden Belegungszahlen zu rechnen ist. Der Förderbetrag der Gemeinde an die Kirchengemeinde zur Einrichtung der Gruppe beträgt rund 350.000 Euro.

Zudem werden weitere Plätze im Bereich der über 3-Jährigen benötigt. In diesem Zusammenhang wird auf Antrag der SPD-Fraktion die Einrichtung eines Waldkindergartens geprüft.



Abfälle noch immer nicht beseitigt!

Beim Solarpark an der Bahnlinie türmen sich immer noch die Hinterlassenschaften der Errichterfirma. Die Gemeindeverwaltung sei hiermit aufgefordert, tätig zu werden! Wenn die Firma nicht mehr dazu zu bewegen ist, die Unordnung zu beseitigen, könnte es der Bauhof tun. Es sieht einfach nicht schön aus und ist so bestimmt kein Vorzeigeobjekt.



Foto: Bernhard Fischer



Was macht eigentlich.....



..... der Regionalverband Ostwürttemberg?

Von Kreisrat Reiner Lindenmayer

In Baden-Württemberg gibt es 12 Regionalverbände. Da ein Regionalverband überörtlich tätig ist, umfasst der Regionalverband Ostwürttemberg die beiden Landkreise Heidenheim und Ostalbkreis mit 53 Städten und Gemeinden. In der 5 Jahre laufenden Legislaturperiode hat der Regionalverband Ostwürttemberg derzeit 44 Mitglieder. 12 dieser Mitglieder kommen aus dem Landkreis Heidenheim.

Die wesentlichen Aufgaben des Regionalverbands Ostwürttemberg sind:

- > Die Erstellung des Regionalplanes als räumliches Ordnungs- und Entwicklungskonzept für die Region.
- > Die Erstellung eines Landschaftsrahmenplanes als ökologischer Beitrag bzw. ökologische Grundlage für den Regionalplan.
- > Die Mitarbeit und Mitgestaltung staatlicher Fachplanungen.
- > Die Information und Beratung der Kommunen über die planerischen Vorstellungen der Regionalplanung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung.
- > Erarbeitung und Abstimmung von Entwicklungsvorstellungen, z.B. auf dem Gebiet des Straßenbaus, der Energieversorgung, des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs und Durchsetzung der regionalen Vorstellung durch enge Kooperation mit den zuständigen Maßnahmenträgern.
- > Übernahme von koordinierenden Aufgaben auf allen Gebieten der Regionalentwicklung. Damit muss der Regionalverband z. B. der Ansiedlung eines Supermarktes, einem neuen Bebauungsplan oder einem Flächennutzungsplan zustimmen, bevor derartige Maßnahmen in die konkrete Umsetzung gehen.



Unser Bild zeigt die Mitglieder der SPD-Fraktion im Regionalverband Ostwürttemberg (von links): Reiner Domberg (Heidenheim), Frederick Brütting, Ariane Bergerhoff, Reiner Lindenmayer (Sontheim/Brenz), Quynh Le, Selcuk Özer, Walter Macher (Königsbronn) und Michael Deusch.

Der Sontheimer Gemeinde- und Kreisrat Reiner Lindenmayer gehört übrigens schon seit 2014 dem Regionalverband Ostwürttemberg an.

MdB Breymaier besuchte Brenzer Schloss

Im Rahmen ihrer diesjährigen Radtour durch den Wahlkreis kam unsere Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier mit Ehemann und Sekretärin auch in unsere Gemeinde. Willi Häfele führte die Radler vom Stettener Archäopark durch den Wald zum Sontheimer Sportzentrum und zum Mittagessen ins „Gaertle“. Danach wurde kurz das IGS-Gelände angeschaut, und anschließend gab es eine ausführliche Besichtigung des Brenzer Schlosses. Die Abgeordnete zeigte sich beeindruckt von dem historischen Gebäude und der interessanten Brenzer Geschichte.



Von Corina Koller

SPD-Landesvorsitzender Andreas Stoch stand Rede und Antwort



Am 24. Oktober 2019 war der Landtagsabgeordnete und SPD-Landesvorsitzende Andreas Stoch Referent bei einer öffentlichen Versammlung im Brenzer „Ovum“. Erfreulicherweise zeigten auch etliche Nicht-SPD-Mitglieder ihr Interesse am aktuellen landespolitischen Geschehen.

Darauf ging Stoch auch gleich in seinen Ausführungen ein. Aktuell stünden die Haushaltsdebatten auf dem Plan. Dort stelle sich deutlich heraus, dass die Landesregierung die Zusagen an die Kommunalhaushalte wieder nicht einhalte. Die Kommunikation zwischen der Landesregierung und den Vertretern der Kommunen und Städte sei sehr schwierig bis nicht vorhanden, was natürlich den Unmut verstärke. Hier geht es vor allem um notwendige Zuschüsse zu den Kosten für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie um die steigenden Kosten zum Landesteilhabegesetz und die angespannte Finanzierungslage im Bereich der Kitas und Kindergärten. Obwohl es eine gute Kassenlage zulassen würde, lässt die Landesregierung die Kommunalverantwortlichen im Unklaren.

Angesichts der sehr schlechten Umfragewerte und Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in anderen Bundes-

ländern mahnt Andreas Stoch, dass die SPD sich mehr um die existentiellen Bedürfnisse der Menschen kümmern soll. Dabei gehe es momentan vor allem um die Mietwohnungsmisere, die Pflege und Betreuung von Angehörigen im Alter und die andauernden Anstrengungen zum Thema Bildungschancen für alle.

In der anschließenden Diskussion ging es um drängende Fragen und Anliegen der Bürger, die Stoch mit seinem fundierten Wissen gut beantworten und klären konnte.



Volles Haus bei der Dankeschön-Party des Ortsvereins



Foto: W. Mähler

Ortsvereinsvorsitzender Erwin Resch und Fraktionsvorsitzender Reiner Lindenmayer riefen – und (fast) alle kamen. Die Vorsitzenden dankten den Kandidatinnen und Kandidaten sowie den vielen Helferinnen und Helfern bei der vergangenen Kommunal- und Europawahl für ihre selbstlose Mitarbeit. Im Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde im Brenzer Schloss wurde am 26. Oktober bei guter Bewirtung und bester Unterhaltung ausgiebig gefeiert.

Das gute Wahlergebnis zeigt, der Einsatz hatte sich gelohnt!

Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Vielleicht haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, auch mitbekommen, dass der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung in Deutschland in den ersten neun Monaten des Jahres 2019 beachtliche 42,9% betrug. Dies ist ein enorm wichtiger Beitrag zur Reduzierung des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes. Dieser hat sich bei der deutschen Energiewirtschaft bei der Erzeugung von Strom und Wärme seit 1990 immerhin um rund 30% verringert.

Wie erfolgreich die so genannte Stromwende in Deutschland dank des EEG (Erneuerbares Energien-Gesetz) der einstigen rot-grünen Bundesregierung inzwischen geworden ist, konnten sich die meisten Menschen noch vor wenigen Jahren gar nicht vorstellen. 1993 hieß es in vielen großen Zeitungsanzeigen der Stromkonzerne noch wörtlich: „Sonne, Wasser oder Wind können auch langfristig nicht mehr als 4 % unseres Strombedarfs decken.“ Heute decken sie bereits das Zehnfache!

Deutliche Erfolgsbilanz

Der Ausbau der erneuerbaren Energien (hauptsächlich Windkraft, Solarenergie und Biogas) hat in Deutschland bisher schon erfreulicherweise Folgendes bewirkt:

- Die Verbrennung von Steinkohle sank seit 1990 um 63 %.
- Die Verbrennung von Braunkohle sank seither um 38 %.
- Die Erzeugung von Atomstrom mit dem dabei entstehenden hoch radioaktiven Müll sank seit 1990 um 54 %.

Leider sind jedoch die CO₂-Einsparungen in den Bereichen Industrieproduktion und Heizen noch immer

viel zu gering. Und ganz schlecht sieht es beim Straßenverkehr aus: Hier sind die CO₂-Emissionen durch die starke Zunahme bei LKW und PKW sogar noch gestiegen.

Weitere Maßnahmen müssen folgen

Eine möglichst rasche und starke Verringerung des CO₂-Ausstoßes ist aber nötig, wenn die drohende weitere Erderwärmung mit dem Abschmelzen von Polkappen und Gletschern, dem Anstieg des Meeresspiegels sowie der Zunahme von Stürmen, Hitze- und Dürreperioden noch gestoppt werden soll.

Deshalb sind meiner Ansicht nach schnell folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

- **Weiterer Ausbau von erneuerbaren Energien – vor allem Windkraft und Sonnenenergie.**
- **Rasche Schaffung von geeigneten Stromspeicher-Möglichkeiten sowie neue Stromtrassen vom Norden unseres Landes in den Süden.**
- **Stärkere Bemühungen um Energie-Einsparung und Energie-Effizienz.**
- **Konsequenter Ausbau des ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr) mit deutlich mehr Mitteln für die Bahn und dadurch Reduzierung des LKW- und Individualverkehrs.**

Wir sollten uns auch damit abfinden, dass es zukünftig nicht immer noch mehr Wachstum auf allen Gebieten geben kann. Mehr Warenproduktion bedeutet schließlich auch mehr Energie- und Rohstoffverbrauch, mehr CO₂-Ausstoß sowie mehr Müll und Umweltbelastung.

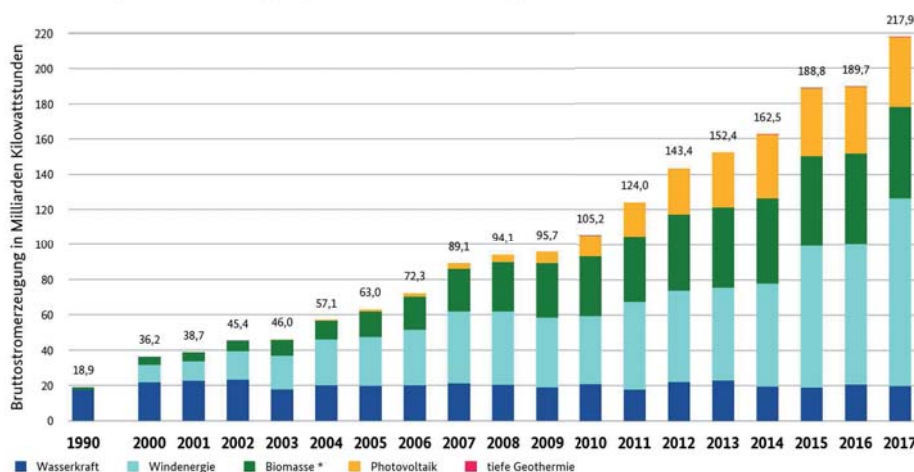
Gefahr durch Auslaufen der Einspeisevergütungen

Da in den kommenden Jahren bei vielen Anlagen zur erneuerbaren Stromerzeugung die für 20 Jahre garantierten Vergütungen auslaufen, sollte die Bundesregierung schnell für entsprechende Anschlussregelungen sorgen. Wenn nämlich die Einspeisevergütungen zu stark sinken, droht die Gefahr, dass sich viele Windkraft-, Wasserkraft-, Biogas- und Fotovoltaik-Anlagen nicht mehr rentieren und deshalb von ihren Betreibern abgeschaltet werden.

Dies wäre für die Erreichung der angestrebten Klimaziele kontraproduktiv und muss unbedingt vermieden werden.



Entwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland



„Fröhliche Weihnacht überall, tönet durch die Lüfte froher Schall.

Darum stimmt alle ein in den Jubelton, denn es kommt das Licht der Welt von des Vaters Thron.“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Sontheim, Brenz und Bergenweiler,

es mag Sie vielleicht befremden, wenn ich Sie in unserer SPD-Ortsvereinszeitung mit einem Weihnachtslied grüße. Doch damit möchte ich ein Thema aufgreifen, das mir schon lange am Herzen liegt. Sind wir nicht auf dem Wege, unsere eigenen (Weihnachts-)Lieder zugunsten von „Jingle Bells“ und ähnlichem zu vergessen?

Nun bin ich beileibe keine Nationalistin, die nur alles Deutsche gut heißt. Doch ich fürchte, wir berauben uns selbst eines schönen Teils unserer Kultur.

Eine großartige Sache war 1989 im Baltikum die „Singende Revolution“. Trotz vieler Verbote war es der Sowjetmacht nicht gelungen, die Begeisterung für die eigenen Lieder zu ersticken. Diese friedliche Revolution war einzigartig und wäre nicht möglich gewesen, wenn die drei kleinen Länder Estland, Lettland und Litauen nicht ihre Kultur bewahrt hätten.

Auch die vielen Auswanderer, die in früheren Jahrhunderten Deutschland verlassen haben, freuten sich über ihre Traditionen über eine lange Zeit, obwohl sie sich in ihren neuen Heimatländern integriert hatten.

2019 war ein „Fontane-Jahr“ in Erinnerung an diesen großen Erzähler des 19. Jahrhunderts. Leider steht in unserer Ortsbücherei kein einziges Buch mehr von ihm. Dafür findet man Bände von kurzlebigen Romanen in den Regalen, die nicht unbedingt unter „Kunst“ einzuordnen sind. Ich weiß, dass das Angebot auch hier der Nachfrage entsprechen muss, aber ich finde es unendlich schade, dass wertvolle Werke in der Versenkung verschwinden.

Ein bisschen mehr gesundes Selbstbewusstsein im Umgang mit unserer Kultur und auch mit unserer Religion wünsche ich unserer Gesellschaft! Dann brauchen wir vor „den Fremden“ keine Angst zu haben. Völlig fehl am Platze ist dagegen die Einstellung, unser „Christliches Abendland“ müsste mit Fremdenhass und Hetze verteidigt werden.

Toleranz und gegenseitige Achtung sind auch ein Teil unserer Kultur, die es zu bewahren gilt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, gemeinsam mit dem gesamten SPD-Ortsverein, eine fröhliche Weihnacht!

Margret Mähler

***Der SPD-Ortsverein und die SPD-Gemeinderatsfraktion
wünschen allen Leserinnen und Lesern eine frohe Weihnacht und alles
Gute im neuen Jahr 2020.***

